

Jochen Esser

Ein Strauß von Halbwahrheiten Zur Bilanz von Finanzsenator Sarrazin

In der Sommerpause hat Finanzsenator Sarrazin eine Bilanz seiner Tätigkeit in der 15. Legislaturperiode vorgelegt. Diese Bilanz (im Text *kursiv* wiedergegeben) zeichnet ein schiefes Bild von der Finanzlage Berlins. Sie **überzeichnet** die unbestrittenen **Erfolge** der Konsolidierungspolitik und blendet die fortgesetzten Probleme des Berliner Haushalts aus.

Besonders um seine Niederlagen - Haushaltsaufstellung 2006/2007, BVG, WBM – macht der Senator gerne einen Bogen. Das ist menschlich verständlich, beschädigt aber die Qualität seiner Bilanz. Sarrazins **Halbwahrheiten** haben an wesentlichen Stellen eine Richtigstellung verdient, damit ein zutreffendes und **vollständiges Bild** von den **Aufgaben** entsteht, die noch zu bewältigen sind.

Auffällig ist bereits ein Blick auf die Nummerierung der Bilanzpapiere. Erstellt wurden Themenpapiere mit den Nummern 1 bis 15. Dazu das Papier zur Verwaltungsreform. Es fehlen aber auf der Internetseite der Finanzverwaltung die **Papiere 2, 10, 11, 12 und 13**. Dort könnte eventuell von den Kosten der Schulen, von den Einsparungen bei der Jugendhilfe, der Kultur, den Kitas und ähnlichem die Rede sein. Anscheinend war deren Veröffentlichung vom Senat nicht gewünscht. Ich jedenfalls wüsste gerne, was die Finanzverwaltung unter den nicht zur Veröffentlichung frei gegebenen Nummern bilanziert hat.

1. Abbau des Primärdefizits 2002 bis 2006

Der Abbau des Primärdefizits wird im Jahr 2007 erreicht. Bereinigt um den Effekt der Risikoabschirmung wurden 1,24 Mrd. € Ausgaben abgebaut – eine Absenkung von 6,6%. Maßgeblichen Anteil an der Konsolidierung hat die Reduzierung der Personalausgaben von 7,2 Mrd. € auf 6,6 Mrd. € 2005.

1. Es wurden in der Legislaturperiode rund **700 Mio. € Ausgaben abgebaut**. Von diesen 700 Mio. € sind 200 Mio. € abgesenkte Investitionen auf die Dauer problematisch (Stichwort Sanierungsstau) Die 1,24 Mrd. € des Senators beschreiben das ursprüngliche Ziel für Ende nächsten Jahres. Dieses Ziel wird schon allein deswegen nicht erreicht, weil die **Kosten der Unterkunft** für die Empfänger von Hartz IV **300 Mio. € über Plan** liegen.
2. Die von Rot-Rot übernommene Vereinbarung aus den Verhandlungen über die Ampelkoalition, 1 Mrd. € bei den **Personalausgaben** zu sparen, ist **noch nicht erfüllt**. Zumal der Abbau der Personalausgaben statistisch überzeichnet ist, weil Umgruppierungen zu Lasten der konsumtiven Ausgaben in Folge von Auslagerungen (ITDZ; BIM, Kita-Eigenbetriebe, u.ä.) erfolgten. Allein die Umgruppierung der Gehälter der ErzieherInnen im Zuge der Gründung der Kita-Eigenbetriebe macht 350 Mio. € aus.
Real wurden also rund **500 Mio. € gespart**. Das entspricht der Entlastung durch den „Solidarpakt“. Der Personalabbau hingegen ist zum einen Teil noch nicht kassenwirksam realisiert (6000 Beschäftigte im Stellenpool, die bezahlt sein wollen) und wird zum anderen Teil durch steigende Personalkosten kompensiert (Versorgung, Beihilfe, Beförderung, Einstellungskorridor)
3. Die **konsumtiven Ausgaben** liegen nach 5 Jahren Rot-Rot um **300 Mio. € höher** als 2001. Allerdings sind dabei die genannten **Umgruppierungen** von den Personalkosten in Höhe von fast **400 Mio. €** sowie die im Saldo neutrale Aufblähung des Haushalts in Ausgaben und Einnahmen durch das **Facility-Management (250 Mio. €)** zu berücksichtigen.

Siehe dazu Tabelle auf der nächsten Seite:

Ausgaben in Mio. €(gerundet)	2001*	2006**	Veränderung
Personalausgaben	7.200	6.300	-900
konsumtive Ausgaben / Tilgung / Bank	9.600	10.000	400
lfd. Rechnung	16.800	16.300	-500
investive Ausg.	1.900	1.700	-200
Primärausgaben	18.700	18.000	-700
Zinsen / Bank	2.100	2.500	400
Ausgaben	20.800	20.500	-300

Einnahmen in Mio. €(gerundet)	2001*	2006**	Veränderung
Steuern, Finanzausgleich	11.200	11.700	500
BEZ	2.100	2.000	-100
Sonstige Einnahmen	3.500	3.800	300
Primäreinnahmen	16.800	17.500	800

Abschluss in Mio. €(gerundet)	2001*	2006**	Veränderung
Primärsaldo	-1.900	-500	1.400
Strukturelles Defizit	-4.000	-3.000	1.000
Vermögensaktivierung	600	100	-500
Neuverschuldung	3.400	2.900	-500
Schulden	42.000	61.000	19.000

* Ist 2001 ohne Kapitalzuführung Bankgesellschaft (1,8 Mrd. €) und Vorjahresdefizit (1,9 Mrd. €)

** Geschätztes Ist 2006 (auf Basis Steuerschätzung und Statusbericht)

2. Wo wurde gespart?

Nach verschiedenen Politikbereichen geordnet, setzt sich die Verbesserung des Primärsaldos um 1,3 Mrd. € schätzungsweise wie folgt zusammen. (Die genauen Veränderungen bei Kitas, Schulen und Horten sind wegen der komplexen Neustrukturierungen undurchsichtig)

Politikfeld	Mio. €	Bemerkung
Wohnungsbauförderung	450	Ausgabensenkung
Hilfen zur Erziehung	120	Ausgabensenkung
Arbeitsmarktpolitik	100	Ausgabensenkung
Parks, Bäder, Sportanlagen	80	Ausgabensenkung
Kultur	60	Ausgabensenkung
Soziale Projekte, Pflegeheime	60	Ausgabensenkung
Kitas, Horte, Schulen	50	Ausgabensenkung
Wirtschaftsförderung	-80	Mehrausgaben
S-Bahn	-20	Mehrausgaben
Umgruppierung zu pol. Führung	-120	Mehrausgaben
Summe	700	Ausgabensenkung
Steuern	400	Mehreinnahmen
Entlastung Hartz IV	200	Saldo Einnahmen/Ausgaben
Gesamt	1.300	Alle Maßnahmen

(Quelle: Funktionenübersicht und eigene Berechnungen).

3. Finanzierungsdefizit

Derzeit machen es die hohen Zinsausgaben von 2,5 Milliarden € unmöglich, neben dem Primärdefizit auch das Finanzierungsdefizit vollständig abzubauen. Berlin braucht daher bundesstaatliche Hilfe

1. Selbst bei einem optimalen Ergebnis der Berliner Klage auf Entschuldungshilfe verbleiben 1 bis 1.5 Mrd. € Zinslast beim Land Berlin. Diese müssen wenigstens annähernd und zuverlässig bedient werden. Deshalb wird Berlin in der nächsten Legislaturperiode einen **Primärüberschuss von zumindest 1 Mrd. €** aufbauen müssen.

Bündnis 90/Die Grünen sind bisher die einzigen, die sich zu dieser Notwendigkeit öffentlich bekannt haben – auch in ihrem **Wahlprogramm**. Vom Senat und den anderen Oppositionsparteien fehlt jede Aussage.

2. Außerhalb des Haushalts verbleiben noch 6 bis 8 Mrd. € aus der **Risikoabschirmung**, die in den nächsten 20 Jahren getilgt werden müssen. Angenommen der Verkauf der Bankgesellschaft bringt einen Erlös von rund 4 Mrd. €, müssen noch 2 bis 4 Milliarden € getilgt werden. Das sind 100 bis 200 Mio. € pro Jahr.

Einzig Bündnis 90 / Die Grünen haben einen Vorschlag zur **Deckung dieser Kosten** gemacht und sich in ihrem Wahlprogramm darauf festgelegt, dass Steuergelder dafür zu schade sind. Vom Senat und den anderen Oppositionsparteien gibt es keine Aussage zu der Problematik.

Die **Eigenanstrengungen** Berlins sind also noch **keineswegs abgeschlossen**. Umso wichtiger wäre es gewesen, dass der Senat dem Bundesverfassungsgericht und den Wählerinnen reinen Wein über seinen weiteren Kurs eingeschenkt hätte. Dies aber hat er nicht getan.

4. Bundesverfassungsgericht und Eigenanstrengungen

Die Tatsache, dass der Senat sein im Jahr 2003 vorgelegtes Eigenanstrengungsprogramm strikt eingehalten hat, hat seine Argumentationsbasis sowohl im schriftlichen Verfahren als auch in der mündlichen Verhandlung entscheidend gestärkt.

1. Die Finanzplanung des Senats von 2003 bis 2007 und der Haushaltsplan 2007 haben wenig miteinander zu tun. Die **starken Abweichungen** sind schon dem Landesverfassungsgericht aufgefallen. Die **Primärausgaben** liegen im Haushaltsplan 2007 ohne die Risikoabschirmung **776 Mio. € höher** als 2003 geplant. Das Leben läuft halt nicht nach Plan. Senator Sarrazin sollte nur nicht so tun, als sei das bei ihm anders.

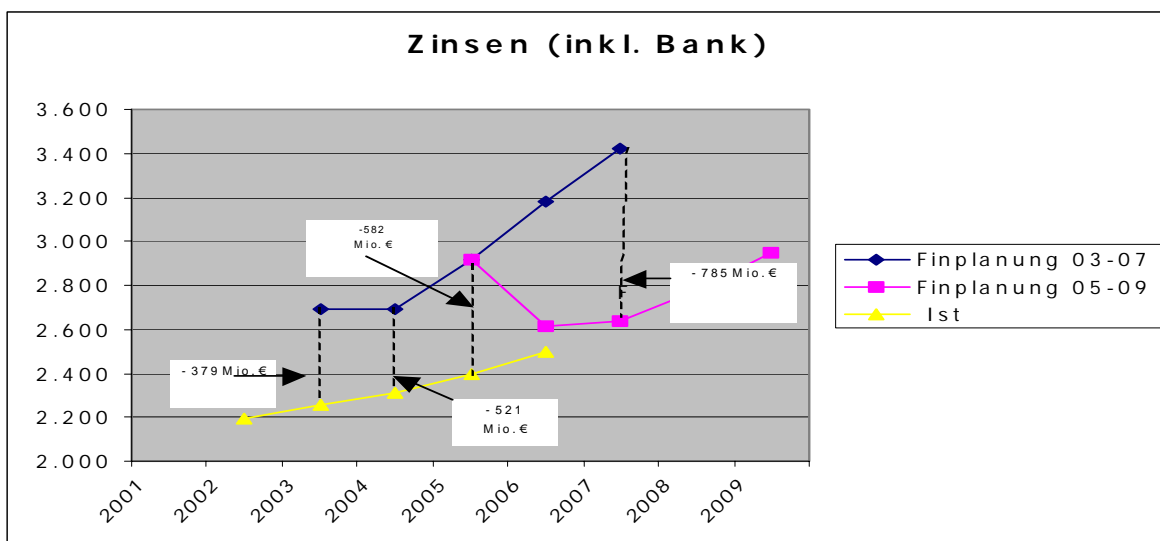
Das Ziel des ausgeglichenen Primärhaushalts würde 2007 nicht erreicht, wenn wie in den Vorjahren eine **Vorsorge für Risikoabschirmung** in Höhe von 300 Mio. € gebildet würde. Sarrazin hatte sein Ziel, den ausgeglichenen Primärhaushalt auch ohne diese Ausbuchtung zu erreichen, bei der Haushaltsaufstellung 2006/2007 am Senatstisch nicht durchsetzen können. Die Kosten der Risikoabschirmung – laut EU mindestens 6,1 Mio. €, laut Klaus Wowereit ca. 8 Mio. € - sind aber **nicht schon dadurch bezahlt**, dass man sie nicht mehr mitrechnet.

Vergleich d. Finanzplanung	FinPlan 03-07	Plan 07	Abweichung
Personal	7.346	6.312	-1.034
Konsumtiv/Tilgung	7.542	9.539	1.997
Investiv	1.800	1.613	-187
Primärausgaben ohne Bank	16.688	17.464	776
Bank	300	0	-300
Primärausgaben mit Bank	16.988	17.464	476
Zinsen	3.125	2.557	-568
Bereinigte Ausgaben	20.113	20.073	-40

2. Das zu erwartende **Ist 2007** steigert die **Abweichung** gegenüber dem 2003 vorgelegten Eigenanstrengungsprogramm auf rund **1 Mrd. €**. Angesichts gestiegener Sozialkosten wird der ausgeglichene Primärhaushalt 2007 nur Dank der **Ausgliederung der Risikoabschirmung** aus dem Haushalt (s.o.) und der **Mehrwertsteuererhöhung** erreicht werden, die dem Land Berlin laut zusammen mit weiteren Einnahmeverbesserungen fast **500 Mio. €** zusätzlich in die Kasse spülen soll.

Vergleich Plan / Ist	FinPlan 03-07	Erw. Ist 07	Abweichung
Personal	7.346	6.200	-1.046
Konsumtiv/Tilgung	7.542	10.000	2.458
Investiv	1.800	1.500	-300
Primärausgaben ohne Bank	16.688	17.700	1.012
Bank	300	0	-300
Primärausgaben mit Bank	16.988	17.700	712
Zinsen	3.125	2.500	-625
Bereinigte Ausgaben	20.113	20.200	87
Primäreinnahmen	17.546	18.000	454
Primärsaldo	556	300	-256
Strukturelles Defizit	-3.425	-2.500	-925

3. Ein abschließender Blick auf die **Zinsen** zeigt schließlich, dass die von Senator Sarrazin oft und gerne gefeierten **Haushaltsabschlüsse** neben den vorläufig nicht fälligen Geldern für die Risikoabschirmung auf die Niedrigzinsphase zurückzuführen sind. Finanzplanung und Haushaltsabschluss klaffen um rund eine halbe Milliarde Euro auseinander. Glück muss und darf der Mensch haben. Er sollte dies aber nicht als eigenen Verdienst ausgeben.



4. Wahl 2006 und Finanzplanung

Mit der Finanzplanung 2006 bis 2010 wird sich der Senat darauf festlegen, die Sanierung der Berliner Finanzen weiterzuführen. Die neue Finanzplanung wird dem Abgeordnetenhaus vorgelegt, sobald die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vorliegt. Mit einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist frühestens im Oktober 2006 zu rechnen.

1. Ist das schön, dass der Senat – wer immer das nach dem 17. September sein wird – eine Finanzplanung aufstellen wird! Das muss er auch, weil ihn das Landesverfassungsgericht ihn auf Antrag der Oppositionsfractionen dazu verurteilt hat, dies jährlich zu tun. Aber wir hätten doch gern **vor der Wahl** von SPD und PDS gewusst, wie es ihrer Ansicht nach weitergehen soll.
2. Weder in Karlsruhe noch im Wahlkampf hätte es geschadet, wenn sich **alle Fraktionen des Abgeordnetenhauses per Beschluss** auf das von uns vorgeschlagene Ziel verständigt hätten, einen Primärüberschuss von 1 Mrd. € bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode aufzubauen. Im Gegenteil.

5. Beteiligungsergebnis überzeichnet

Gemäß einer Auswertung der Geschäftsergebnisse lag der Saldo aus den Gewinnen und Verlusten aller Unternehmen 2005 mit 721 Mio. € um fast eine dreiviertel Mrd. € besser als 2004 – im Jahr 2002 lag dieses „Konzernergebnis mit –1.43 Mrd. € noch tief im negativen Bereich.

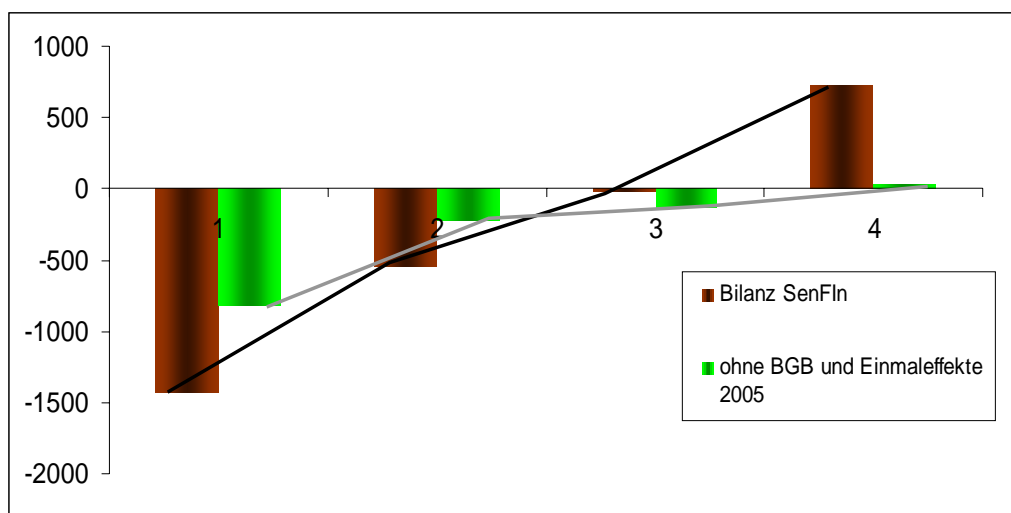
Die Situation der **Landesunternehmen** hat sich gebessert. Dass sie aber bereits gesund wären, lässt sich nicht behaupten. Das Schaubild von Finanzsenator Sarrazin überzeichnet die reale Situation. Von den 721 Mio. € Gewinn der Unternehmen gehen allein 434 auf **außerordentliche einmalige Erträge** zurück (Dabei ist die Auflösung von Rückstellungen nicht einmal vollständig).

Einmaleffekte in 2005		
BVG	74,2	Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuschüssen
	314,1	Erlös aus GHG-Verkauf
BSR	19,5	Auflösung von Rückstellungen
Vivates	26,5	Auflösung von Rückstellungen
Summe	434,3	

Der nach dem Verkauf der Bankgesellschaft verbleibende **Schattenhaushalt** des Landes mit 50.000 Beschäftigten und 20. Mrd. € Fremdkapital (15 Mrd. € Bankschulden und 5 Mrd. € Rückstellungen) bewegt sich im laufenden Geschäft noch immer in den **roten Zahlen**, wenn man das Jahresergebnis um die Einmaleffekte aus Vermögensverkäufen und Auflösung von Rückstellungen bereinigt.

Grüne Bilanz versus Bilanz SenFin	2002	2003	2004	2005
Jahresüberschuss "Konzern Berlin"	-1432	-538	-22	721
davon Bank	-614	-316	108	255
Jahresüberschuss bereinigt um BGB	-818	-222	-130	466
davon Einmaleffekte BVG, BSR und Vivantes*				434
Jahresüberschuss bereinigt um BGB und sonst. Erträge				32

Das „beeindruckende“ Schaubild verändert sich dann so:



Rechnet man zusätzlich die **Immobilienverkäufe** des Liegenschaftsfonds und der Wohnungsbau-gesellschaften heraus, dreht sich das **Ergebnis des „Landeskonzerns“ ins Negative**. Der Liegenschaftsfonds hat 2005 630 Objekte im Wert von über 150 Mio. € verkauft. Von den Erlösen der Wohnungsbau-gesellschaften liegen dem Parlament bislang nur die Zahlen der DEGEWO vor, die 2005 Wohnungen im Wert von 44 Mio. € verkauft hat. Hätten wir die übrigen Zahlen ließe sich ein vollständiges Bild erstellen.

6. Entwicklung der Gebühren und Preise

Zum Beitrag der außergewöhnlich hohen Preissteigerungen bei Wasser, BVG, Müll, Kontoführungsgebühren und Sozialmieten zum verbesserten Ergebnis der Landesunternehmen findet sich in Sarrazins Bilanz kein Wort.

Dabei gehört die Preisentwicklung im Bereich der Daseinsvorsorge zu den landespolitischen Themen, die in der Bevölkerung neben der Lage an den Schulen am heftigsten diskutiert werden. **Unternehmen der Daseinsvorsorge** sollen nach allgemeiner Ansicht gute Qualität zu günstigen Preisen liefern. Dieser hohe Anspruch wird jedoch gerade von Monopolunternehmen besonders schlecht erfüllt. Statt Kosten zu senken suchen sie ihr Heil lieber in erpresserischen **Monopolpreisen**.

Private Monopole (Vattenfall, GASAG), aber auch halbstaatliche Unternehmen (BWB, Bankgesellschaft) und komplett staatliche Unternehmen (BVG, BSR, Wohnungsbaugesellschaften) kennen wenig Rücksicht. Das Ergebnis sind weit **über der Inflationsrate steigende Gebühren und Preise** bei ÖPNV, Müllentsorgung, Wasser, Strom, Gas, aber auch Kontogebühren und Sozialmieten - häufig noch kombiniert mit Qualitätseinbußen und Ausdünnung des Angebots.

Der rot-rote Senat hat in der auslaufenden Legislaturperiode **zu Gunsten der Monopolkonzerne** geregelt, was auf diesem Gebiet zu genehmigen und zu regeln war. Dies liegt nicht zuletzt dran, dass er die eigenen Unternehmen zunehmend **über Preis- und Gebührenerhöhungen „saniert“**, um sich Ärger in den Unternehmen zu ersparen. Und was er den öffentlichen Unternehmen gewährt, kann er den halbstaatlichen und privaten nicht verwehren.

7. Die Sorgenkinder

A) Wohnungsbaugesellschaften

In der Summe stehen die Gesellschaften heute wirtschaftlich erheblich besser da als vor vier Jahren, auch wenn noch nicht alle Probleme gelöst sind.

Die verbesserte **Bilanz der Wohnungsbaugesellschaften** beruht neben unbestrittenen Fortschritten im operativen Geschäft auf fortgesetzten planlosen Wohnungsverkäufen, einer gegenüber 2002 um über 50 Mio. € zurückgefahrenen Instandhaltungstätigkeit, höheren Mieten und immer noch nicht bilanzierten Aufwendungsdarlehen. Eigentlich wissen alle, dass sich das so **nicht dauerhaft** fortsetzen lässt.

Öffentlichkeit und Parlament warten bislang jedoch vergeblich auf das angekündigte **wohnungspolitische Gesamtkonzept** des rot-roten Senats. Beschlüsse, keine Wohnung mehr zu verkaufen, sind dafür kein Ersatz sondern **Wahlbetrug**. Insbesondere WBM, DEGEWO und Stadt und Land lassen sich nur noch im Rahmen eines Gesamtkonzepts zu leistungsfähigen Unternehmen entwickeln.

Ein **nachhaltig tragfähiges Konzept** zielt auf eine handlungsfähige und durchgreifend entschuldete öffentliche Wohnungswirtschaft, die bei einigermaßen gleichmäßiger räumlicher Verteilung allen Bezirken die erforderlichen Belegungsrechte verschafft, „Sozialghettos“ vermeidet und ausreichend Vorsorge für eine Marktsituation trifft, die weniger entspannt ist als heute.

B) BVG

Die BVG hat in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte auf dem Weg zu mehr Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit erreicht. Bis heute wesentlicher Rahmen für die Entwicklung der BVG ist der im Jahr 1999 mit dem Land Berlin geschlossene Unternehmensvertrag, der bis Ende 2007 läuft.

Der **Unternehmensvertrag** BSU 2000 ist schlicht **Makulatur**. Seine Vorgaben wurden nicht erreicht und werden es auch 2006 und 2007 nicht. Selbst in den Folgejahren ist keine Besserung in Sicht (s.u.). Die **BVG** ist besser geworden aber **nicht wettbewerbsfähig** und wird es bei unveränderter Unternehmensplanung so schnell auch nicht werden. Der Senat kann nur hoffen, dass ihm die europäische Rechtsentwicklung ein Hintertürchen öffnet, durch das er die BVG faktisch in die alte Welt des Eigenbetriebs zurückführen kann..

Bei der Sanierung der BVG hat Senator Sarrazin **seine schwerste Niederlage** erlitten. Bei seinem Anlauf zur Sanierung des Unternehmens legte er mit dem verstorbenen Vorstandsvorsitzenden v.Arnim einen **klassischen Fehlstart** hin (AT-Verträge und andere Skandale). Am Ende nahm ihm der Regierende Bürgermeister **Wowereit** die Sache aus der Hand und unterschrieb eine Vereinbarung, die eine **Bestandsgarantie** der BVG für die nächsten 20 Jahre, den Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen in diesem Zeitraum, das faktische Ende der BT-Tochter und eine vorübergehende Absenkung der Löhne und Gehälter enthält.

Der **Gehaltsvertrag** ist anders als die übrigen Vereinbarungen bereits 2008 kündbar und im Volumen der Absenkung relativ gering ausgefallen. Gefordert hatten Senat und Geschäftsleitung 60 Mio. €, herausgekommen sind angeblich 38,5 Mio. €. Hätte der BVG-Vertrag das Volumen des Solidarpakts beim Land Berlin hätten etwa 50 Mio. € herauskommen müssen.

Resultat dieser Niederlage ist eine **Finanzplanung** der BVG, die statt der im Unternehmensvertrag geplanten schwarzen Null weitere **Verluste** in zweistelliger Millionenhöhe vorsehen, die sich in den Jahren 2006 bis 2010 zu einem **Gesamtbetrag von 282 Mio. €** summieren. Dadurch werden die **Schulden** die Marke **von 1 Mrd. €** wieder überschreiten. Von Sanierung keine Spur. Die Gefahr ist groß, dass die Kürzung der **Landeszuschüsse** zurückgenommen wird und der BVG wieder 50 Mio. € mehr pro Jahr überwiesen werden. Neuerdings werden aus SPD und PDS sogar Stimmen laut, die BVG auf Kosten des Landeshaushalts zu **entschulden** (Gaebler, Wechselberg, Matuschek).

Wie die Sache ausgeht, hängt von der europäischen Rechtslage ab und in der Folge davon, ob der Weg einer „**Inhouse-Vergabe**“, einer „**marktorientierten Direktvergabe**“ oder einer **Ausschreibung** beschritten wird.

C) Vivantes & Co.

Zum Sorgenkind Vivantes steht nichts in der Bilanz des Finanzsenators, obwohl er dort nicht zufällig Aufsichtsratsvorsitzender ist.

Dafür beglückte uns Vivantes selber mit der Mitteilung, im Jahr 2005 erstmals wieder schwarze Zahlen geschrieben zu haben. Betrachtet man die Sache näher, stellt sich heraus, dass dieser Erfolg noch auf tönernen Füßen steht. Eine nachhaltige Sanierung des Unternehmens, die die sinkenden Überweisungen der Krankenkassen auffängt ist noch nicht gewährleistet.

Ergebnis 2005	5,6
minus Einmaleffekt Auflösung von Rückstellung in 2005	-13,4
minus Personalkostenanstieg bei auslaufenden Notlagentarifvertrag	-34
minus Erlösschmälerung aufgrund Gesundheitsreform	-6,4
minus Erlösschmälerung aufgrund Minderung DRGs um 200 €/je Fall	-50
mögliche zukünftige Deckungslücke	-98,2

Während bei Vivantes Hoffnung besteht, dass sich dieses Risiko nicht voll realisiert, herrscht gegenüber dem Zustand und den Perspektiven der Charité, die erst ganz am Anfang des erforderlichen Sanierungsprozesses steht, allenthalben Ratlosigkeit. Der Plan, eine Holding zu bilden, unter der Vivantes und die Charité nach dem sattsam bekannten „Berliner Modell“ (BWB, Bankgesellschaft) zusammengeführt werden, ist abzulehnen. Derzeit läuft dieser Vorschlag nur darauf hinaus, dass die Charité Vivantes mit in den Abgrund zieht.

8. Schlussfolgerungen

A) Kernhaushalt

Das Land Berlin muss in den nächsten Jahren eine **Deckungslücke von 2,5 Mrd. €** schließen. Unabhängig davon, ob und in welcher Höhe Berlin Bundeshilfen gewährt werden, muss es Ziel der Haushaltspolitik sein, im Lauf der nächsten Legislaturperiode einen **Primärüberschuss von 1 Mrd. €** aufzubauen.

Dazu ist es notwendig, den Personalbestand auf 100.000 Vollzeitäquivalente zurückzuführen, den 2009 auslaufenden „Solidarpakt“ in einem Berliner TV-ÖD in seiner Struktur zu sichern, die IT- und Gebäudekosten des Landes weiter zu senken, den Ausstieg aus der Wohnungsförderung konsequent zu Ende zu bringen und die Zuschüsse an die Landesunternehmen zu senken.

B) Risikoabschirmung

Die Kosten der **Risikoabschirmung in Höhe von 6 bis 8 Mrd. €** sind durch die Politik des Landes in den Fonds soweit wie möglich zu minimieren. Die verbleibenden Kosten sind zunächst durch den **Verkaufserlös der Landesbank AG** zu decken. Weiterhin sind die jährlichen Einnahmen aus der **Einlage des Landes in der Landesbank AG** zur Deckung der Risikoabschirmung heranzuziehen. Das gleiche gilt für die Rückzahlung der Einlage, falls sie durch den neuen Eigentümer irgendwann erfolgt. Bleibt dann noch ein Rest, sind die **nicht ausgeschöpften Kreditermächtigungen** der Vorjahre (derzeit 1,2 Mrd. €) zur Begleichung der Verlustgarantie heranzuziehen, auch wenn dies dann im Nachhinein ein gänzlich anderes Licht auf die Haushaltsabschlüsse der betroffenen Vorjahre wirft.

C) Beteiligungsbereich

Sanierung der Landesbeteiligungen heißt, dass das operative Ergebnis aller einzelnen Unternehmen ohne Einmaleffekte **mindestens ausgeglichen** ist und zugleich die **Gebühren und Preise** nicht mehr stärker steigen als die Inflationsrate. Gleichzeitig dürfen **Finanzzuführungen** aus dem Landeshaushalt (derzeit rund 700 Mio. €) weiterhin mindestens im bereits beschlossenen Maß sinken (Wohnungsbauförderung, BVG-Vertrag usw.)

- Es gibt **keinen guten Grund** dafür, dass das Land Berlin der größte Milchbauer Deutschlands bleibt, Obst- und Gemüsemärkte betreibt, Gedenkmünzen prägt oder den Hafenumschlag der Binnenschifffahrt organisiert.
- Die Lage bei den **Wohnungsbaugesellschaften** ist durch jahrelange Misswirtschaft verfahren. Zu sozial verträglichen Mieten und handlungsfähigen Wohnungsunternehmen können wir nur kommen, wenn der aufgelaufene **Schuldenberg** von 7,7 Milliarden Euro um mindestens 2 Milliarden Euro reduziert wird. In dieser Lage zu versprechen, es würde keine einzige Wohnung mehr verkauft, ist **Wahlbetrug**.
- Bei **Strom, Gas und ÖPNV** liegt die eigentliche **Macht der Monopole in den Netzen**. Die Lösung könnte also in Modellen liegen, bei der die erforderliche **Infrastruktur in öffentlicher Hand** liegt und diskriminierungsfrei zur Verfügung gestellt wird. Betrieb und Versorgung können dann in Losen ausgeschrieben (ÖPNV) oder vom Kunden frei gewählt werden (Gas, Strom). Die derzeitige Koalitionsmehrheit aus SPD und PDS geht leider den genau entgegen gesetzten Weg. Sie weigert sich bislang, die zum Jahresende kündbaren **Konzessionsverträge mit Vattenfall und GASAG** zu kündigen und dann Netz und Versorgung zu trennen. Der **BVG** hat der Senat für die nächsten 20 Jahre die Existenz **als integrierter Verkehrskonzern** mit Eigentum am Schienennetz und der übrigen Infrastruktur und ausschließlichem Monopol für den Betrieb garantiert. Nicht einmal für Leistungen, die die BVG nicht erbringen will (Streckenstilllegungen u.ä.) darf die Berliner Politik sich nach anderen Anbietern umsehen.

Berlin, 23.8.2006